



Jugendforum

(4.-6. April 2014)
BESCHLUSS



Forderungen des BDKJ Diözesanverbandes Erfurt zur Thüringer Landtagswahl 2014

BILDUNG

1. Forderung:	Wir fordern in allen Thüringer Schulen günstigere Voraussetzungen für die individuelle Förderung aller Schüler.
Begründung:	Die Anzahl der Schüler in einer Klasse besagt nur wenig, wie gut dort gelernt werden kann. Zudem müsste man eine Grenze nach oben benennen, welche nur schwer definierbar ist. Wichtig ist uns, dass der Lehrer genügend Zeit hat, sich individuell um jeden Schüler kümmern zu können. Das ist doch das eigentliche Ziel, was auch hinter der Diskussion der Klassenstärke steckt. Das lässt sich eher dadurch erreichen, dass flächendeckend zwei Lehrer gleichzeitig in einer Schulklasse unterrichten. Aber nicht nur die Person des Lehrers ist entscheidend, sondern auch die frühe Differenzierung der Lehrinhalte muss sich an den Fähigkeiten der Schüler (z.B. deren Lerngeschwindigkeiten) orientieren.

2. Forderung:	Wir fordern Lehrpläne und Schulunterricht entlang der Lebensrealität der Schüler. Dafür werden mehr pädagogische Fachkräfte benötigt, die gut aus- bzw. fortgebildet und den technischen Erfordernissen gewachsen sind.
Begründung:	Eine rein quantitative Erhöhung der Lehrkräfte reicht nicht aus, vielmehr sind qualitative Forderungen zu stellen. Dazu gehört beispielsweise, dass die Schule zum kritischen Hinterfragen ermutigt und die Dialogbereitschaft von Schülern und Lehrern fördert. Auch die Integration verschiedener Kulturen in den Schulalltag und deren Wertschätzung gehört mit dazu. Das betrifft das Wissen zu den Kulturen, was über den Lehrplan geregelt werden kann, ebenso wie die interkulturelle Kompetenz der Lehrenden.

3. Forderung:	Wir fordern eine bundesweite Vergleichbarkeit aller Schul- und Bildungsabschlüsse.
Begründung:	Trotz Bildungsföderalismus muss die bundesweite (eigentlich sogar EU-weite) Vergleichbarkeit aller Abschlüsse vorangebracht werden.

4. Forderung:	Wir fordern für alle Schulen die Bereitstellung eines Budgets aus Landesmitteln, um damit die unterrichtsbegleitenden Kosten zu finanzieren.
Begründung:	Die Kosten, die Eltern im Schuljahr für unpersönliche Gegenstände wie z.B. Kopien, Kunstmaterialien, besonderes Papier etc., aber auch für Exkursionen u.ä. aufwenden müssen, stellen gerade Familien mit geringem Einkommen vor große Probleme. Wir sehen hier die Landesregierung in der Verantwortung, eine echte Lern- und Arbeitsmittelfreiheit herzustellen. Ebenso könnte eine zentrale Anschaffung von Verbrauchsmaterialien eine ökonomische und ökologisch nachhaltige Nutzung sichern. Mit der Übernahme verbindet sich gleichzeitig auch das Ziel einer Senkung der unterrichtsbegleitenden Kosten durch die Schule.

5. Forderung:	Wir fordern eine stärkere Würdigung und nachhaltige Förderung der vielfältigen, eigenständigen Jugendverbandsarbeit sowie den Erhalt und die ausreichende finanzielle Unterstützung von Einrichtungen und Angeboten der Jugendarbeit.
Begründung:	Verbandliche Kinder- und Jugendgruppen sind ein wichtiger Sozialisationsort neben Elternhaus und Schule, da sie längerfristige Kontakte zu Gleichaltrigen und eine überörtliche, z.T. interkulturelle Vernetzung fördern. Sie ermöglichen erlebbare Demokratie und das Ausprobieren demokratischer Prozesse. Sie schaffen Räume für nonformale und informelle Bildung. Deshalb erhalten sie eine gesetzlich begründete staatliche Förderung. Als Träger der freien Jugendhilfe sind Jugendverbände aber in ihrer Eigenständigkeit und Entscheidungsfreiheit zu fördern. Immer öfter zu beobachtende Versuche der staatlichen Regulierung müssen daher zurückgedrängt werden. Die Wertschätzung des Ehrenamtes sollte auch durch Schulen stärker zum Ausdruck gebracht werden. So sollten z.B. Lehrer Befreiungen vom Schulunterricht für die ehrenamtliche Jugendarbeit genauso unkompliziert ausstellen wie für einen privaten Urlaub.

6. Forderung:	Wir fordern niedrige Preise für Kinder und Jugendliche bei kulturellen Veranstaltungen aller Art. Besonders für Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit soll es preislich besonders attraktive Angebote bis hin zu freiem Eintritt für Gruppenbesuche geben.
Begründung:	Jungen Menschen soll frühzeitig die Bandbreite kultureller Veranstaltungen in Thüringen aufgezeigt und ein leichter Zugang dazu - unabhängig von finanziellen Ressourcen - ermöglicht werden. Dies gilt besonders für Jugendclubs und Wohneinrichtungen als „Sammelbecken“ für Jugendliche, die damit ohnehin weniger Erfahrung haben bzw. mehr hingeführt werden müssen.

NACHHALTIGKEIT

7. Forderung:	Wir fordern ein verstärktes Engagement zur Aufklärung und Bewusstseinsbildung für den Umweltschutz sowie Kontrollen und zeitnahe Strafverfolgung bei Umweldelikten.
Begründung:	Die fahrlässige bzw. bewusste Verschmutzung der Umwelt ist kein Kavaliersdelikt. Das Umweltstrafrecht muss dahingehend verändert werden, dass Strafen für Umweldelikte wirksamer und abschreckender gefasst werden. Dazu gehört auch, dass die Kontrolle der Einhaltung der Gesetze zum Schutz der Umwelt verstärkt und Umweldelikte zeitnah geahndet werden. Zur Realisierung dieser Forderung muss ausreichend Fachpersonal in den Behörden zur Verfügung stehen. Ebenso ist durch Aufklärungsmaßnahmen ein Bewusstsein in der Bevölkerung zu schaffen, um Umweltstraftaten vorzubeugen.

8. Forderung:	Wir fordern, dass in öffentlichen Einrichtungen die Verpflegung möglichst ökologisch, saisonal sowie aus regionaler Herstellung angeboten wird.
Begründung:	Der Auftrag zur Bewahrung der Schöpfung bedeutet für uns auch, stärker auf ökologische Gesichtspunkte bei der „Produktion“, beim Handel und Verkauf von Lebensmitteln zu achten. Saisonale und regionale Lebensmittel müssen nicht aufwändig verpackt und sinnlos über die halbe Welt transportiert werden.

9. Forderung:	Wir fordern, dass Forschungsprojekte, die auf Nachhaltigkeit ausgerichtet sind, noch stärker vom Staat gefördert werden.
Begründung:	<p>Mittlerweile gibt es erfreulicherweise viele Richtlinien, Beschlüsse, Initiativen und Strategien, die auf Nachhaltigkeit ausgerichtet sind. Immer mehr Firmen werben damit, besonders nachhaltig zu wirtschaften oder zu handeln. Heften sich jedoch alle dieses Etikett tatsächlich zu Recht an? Ohne irgendwelche negativen Absichten zu unterstellen, kann man sich dennoch nicht des Eindrucks erwehren, dass oftmals viel guter Wille für die eigentliche Tat steht. Es gilt, sich hier einen kritischen Blick zu bewahren, da viele vermeintlich umwelt-schonende Prozesse noch gar nicht mit allen Auswirkungen untersucht sind. Deshalb sind vor allem Forschungsprojekte stärker staatlich zu fördern, die auf eine Nachhaltigkeit ausgerichtet sind, die möglichst alle Einflussfaktoren, Ökobilanzen und Folgewirkungen berücksichtigt.</p>

10. Forderung:	Wir fordern von Politik und Wirtschaft ein nachhaltiges Beschaffungswesen sowie unabhängige Kontrollen.
Begründung:	<p>Den verheerenden Auswirkungen einer nur an Wachstum orientierten Wirtschaftspolitik und Verbrauchsmentalität muss schnellstmöglich Einhalt geboten werden, um die Lebensgrundlagen künftiger Generationen zu sichern. Hierzu zählt auch, unser aller Konsumverhalten kritisch zu hinterfragen und zu ändern.</p> <p>Konkret bedeutet dies u.a.:</p> <ul style="list-style-type: none"> – Versorgung öffentlicher Gebäude mit Ökostrom, – öffentliche Geldgeschäfte und -anlagen bei sozial und ökologisch ausgerichteten Kreditinstituten, – sparsamer und nachhaltiger Papierverbrauch; Einsatz von Recyclingpapier, – Ausschöpfung der Potentiale für einen ämter- bzw. gemeinde-übergreifenden Technik-Pool, – Beschaffung öffentlicher Güter auf der Grundlage ökologischer und sozial verträglicher Kriterien.

11. Forderung:	Wir fordern die Anpassung der Stromnetze an die Nutzung erneuerbarer Energien, u.a. durch die Erweiterung nachhaltiger Speichermöglichkeiten.
Begründung:	Die „Energiewende“ bringt es u.a. mit sich, dass elektrischer Strom, der aus erneuerbaren Energien wie z.B. Wind oder Sonne erzeugt wird, nicht zeitgleich vom Endverbraucher genutzt wird. (Strom wird auch benötigt, wenn die Sonne nicht scheint oder Windstille herrscht.) Von Seiten der Politik sollten Fördermittel für die Entwicklung und Installation neuer Speicher- und Transportmöglichkeiten zur Verfügung gestellt werden, um letztlich keine Zeiten von Überproduktion oder Mangel an Strom zu haben.

12. Forderung:	Wir fordern die Beschleunigung der energetisch und ökologisch sinnvollen Gebäudesanierung, u.a. durch staatliche Anreize und Subventionen.
Begründung:	Ein besonderes Augenmerk liegt hierbei auf der energetischen Sinnhaftigkeit, die durch geeignete Wissenschaftler zu beurteilen ist. Darauf sollten sich Anreize und Subventionen beschränken. Es darf nicht mehr passieren, dass Lobbyverbände z.B. eine Dämmung von Wänden politisch durchsetzen, die sowohl wirtschaftlich als auch ökologisch sehr fragwürdig ist und letztlich das Brandrisiko noch verschärft.

13. Forderung:	Wir fordern ein durchdachtes und ökologisches Verkehrskonzept, welches Maßnahmen zur Eindämmung des Individualverkehrs sowie die Stärkung des ÖPNV und den Ausbau von Fahrradwegen einschließt.
Begründung:	Ein ökologisches Verkehrskonzept erhebt den Anspruch, den gegenwärtigen Mobilitätsbedarf nachhaltig, d.h. ohne Schäden für die Gesundheit, Umwelt und nachwachsende Generation zu decken und die Lebensqualität zu erhöhen. Diesem Anspruch wird das momentane Verkehrskonzept jedoch nicht gerecht. Durch einen oft sehr geringen Bus- und Bahnverkehr, besonders im ländlichen Raum, sind viele Menschen auf das Auto angewiesen. Auch der Umstieg auf das Fahrrad ist nicht problemlos möglich, da das Fahrradwegnetz in Thüringen nicht das Beste ist.

14. Forderung:	Wir fordern vom neuen Thüringer Landtag, dass er sich an § 18 der Thüringer Landeshaushaltsordnung (ThürLHO)* hält und dementsprechend Haushalte ohne Neuverschuldung beschließt.
Begründung:	Eine Schuldendeckelung (keine Neuverschuldung) ist bereits in § 18 ThürLHO* geregelt, könnte durch die einfache Parlamentsmehrheit geändert werden. Die 2019 kommende Schuldendeckelung durch den Bund wird dann jedoch auch für Thüringen verbindlich. (* kreditfreier Haushaltsausgleich - Ausnahmen nur bei Finanzkrisen oder Naturkatastrophen)

GERECHTIGKEIT / SOZIALES

15. Forderung:	Wir fordern ein besseres Konzept für den ÖPNV mit sozial verträglichen Preisen, ohne Ausgrenzung von Dörfern und ohne lange Wartezeiten.
Begründung:	Gerade im ländlichen Raum ist der ÖPNV oft auf das Minimalste reduziert. Das ist nicht nur ökologisch schlecht, sondern auch ungerecht. Besonders für Jugendliche, aber auch Rentner, ohne Führerschein oder eigenes Fahrzeug, ist es daher ein Problem, mobil zu sein. Diese sind dann in der Regel auf die Hilfe anderer angewiesen. Um die Unabhängigkeit und Mobilität nicht motorisierter Personengruppen zu stärken, ist die Verbesserung des öffentlichen Verkehrsnetzes ohne ständige Preiserhöhungen dringend erforderlich.

16. Forderung:	Wir fordern die Verhinderung der Privatisierung der Wasserversorgung.
Begründung:	Allein in den 28 EU-Staaten haben zwei Millionen Menschen keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser und sanitärer Grundversorgung. Weltweit sind zwei Milliarden Menschen betroffen. Wasser ist mittlerweile kostbar geworden, weltweit agierende Unternehmen wollen damit hohe Gewinne erzielen. Sie treiben die Preise für Wasserversorgung immer weiter in die Höhe. Wasser muss als ein gemeinsames Erbe geschützt werden und in öffentlicher Hand unter demokratischer Kontrolle bleiben.

17. Forderung:	Wir fordern den Einsatz für die Ratifizierung der UN-Konvention gegen Korruption durch den Deutschen Bundestag.
Begründung:	Wirtschaftslobbyisten schreiben oftmals Gesetze mit und üben so direkten Einfluss im Sinne ihres Wirtschaftsinteresses aus. Zur Herstellung der Transparenz sollten im Gesetzgebungs- und Verordnungsverfahren beteiligte Lobbyisten benannt werden. Korruption ist u.a. durch eine strengere Gesetzgebung einzudämmen, objektive Kriterien der öffentlichen Auftragsvergabe sind bekannt zu machen, und die UN-Konvention gegen Korruption muss in Deutschland endlich ratifiziert werden.

18. Forderung:	Zur Bekämpfung der Jugendarmut fordern wir den Erhalt und Ausbau nachhaltiger Beratungs- und Unterstützungsangebote für betroffene Jugendliche, die ihnen mehr Chancen auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt sowie Wege aus Überschuldung oder Wohnungslosigkeit eröffnen.
Begründung:	Der 4. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung zeigte, dass junge Menschen überdurchschnittlich stark von Armut betroffen sind. Neben den finanziellen Aspekten, die Armut beschreibbar machen, erfahren junge Menschen heute auch soziale und emotionale Belastungen, die gesellschaftliche Teilhabe erschweren. Durch wiederkehrende Erfahrungen, nicht gebraucht zu werden, ist das Leben dieser jungen Menschen häufig von Motivationslosigkeit und einer mangelnden Perspektive geprägt. Ziel muss es jedoch sein, allen jungen Menschen Orientierung zu geben und sie zu befähigen, ihr Leben aktiv zu gestalten.

19. Forderung:	Wir fordern mehr Anreize, dass familiengerechte Arbeitszeitmodelle für Eltern umgesetzt und genutzt werden können.
Begründung:	Insbesondere für junge Eltern ist es oft schwierig, Familie und Beruf (bzw. Ausbildung) zusammen zu bewältigen. Hier sind flexible Lösungen gefragt, die es Eltern ermöglichen, mehr Zeit mit ihren Kindern zu verbringen. Die Landesregierung ist gefordert, mit den betreffenden Partnern (z.B. Arbeitgeberverbänden, Gewerkschaften, Familienverbänden) familiengerechte Arbeitszeitmodelle zu fördern.